

**Auf dem Weg
der
Erneuerung**



PDS

**Dialog in der PDS
Landesverband Brandenburg
Heft 9**

PREUSSEN 2001

**Tendenzen der Interpretation seines Bildes
(Thesen)**

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg
Heft 9

PREUSSEN 2001, Tendenzen der Interpretation seines Bildes (Thesen)

Herausgeber: Arbeitsgruppe Geschichte beim
Landes- vorstand Brandenburg der PDS

Autor: Dr. Hans-Dieter Scheermann

Redaktionsschluss: September 2001
Satz und Layout: Reinhard Frank

1. Vorbemerkungen

Am 18. Januar 1701 krönte sich der brandenburgische Kurfürst und Markgraf Friedrich III., Sohn des Großen Kurfürsten, in der Hauptstadt des Herzogtums Preußen, Königsberg, zum König Friedrich I. in Preußen. Die Präposition „in“ wurde bewusst gewählt, denn ein deutscher Kurfürst konnte sich innerhalb der Grenzen des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“ nicht König nennen. Die Kaiser- und Königswürde befand sich in der Hand des Habsburgers Leopold I. Aber für eine Rangerhöhung deutscher Fürsten gab es bereits Vorbilder. 1692 wurde in Hannover eine neue Kurwürde geschaffen. Der Schwager Friedrichs hatte alle Chancen, englischer König zu werden. 1697 wurde der sächsische Kurfürst August der Starke zum König von Polen gewählt. Die Kurfürsten von Brandenburg hatten 1618 das Herzogtum Preußen geerbt. In diesem Jahr starb der ehemalige Großmeister des Deutschen Ordens, der Hohenzoller Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Er hatte 1525 den Deutschen Orden in ein weltliches Herzogtum umgewandelt und 1526 im Vertrag von Krakow die polnische Lehenshoheit anerkannt. Am Ende des 1. Nordischen Krieges zwischen Schweden und Polen erreichte der Große Kurfürst im Frieden von Oliva bei Danzig 1660 die Auflösung der Lehensabhängigkeit des Herzogtums Preußen vom polnischen Staat. Diese Situation bot Friedrich den territorialen Rahmen außerhalb der deutschen Reichsgrenzen und –verfassung für die ersehnte Königskrone. Bevor er sie sich selbst auf das Haupt setzte, hatte er sich der Zustimmung des Kaisers Leopold I. versichert, der im drohenden spanischen Erbfolgekrieg an 8000 preußischen Soldaten interessiert war. Im Vertrag zu Wien 1701 wurde der Handel, Soldaten für die preußische Königskrone, bekräftigt. Dieser Vertrag hat den Aufstieg Brandenburg-Preußens von einem norddeutschen Territorialstaat zur europäischen Großmacht unter Friedrich II. den Weg geebnet. Friedrich II. war es schließlich der 1772 nach der 1. Polnischen Teilung die Präpositionen „in“ und „von“ vor dem Königstitel tauschte und sich König von Preußen nannte.

Die vor 300 Jahren von Friedrich I. eigenhändig vorgenommene Krönung ist der historische **Anlass für das Preußenjahr 2001**.

Im Januar ist daher auf einem gemeinsamen Staatsakt der Bundesländer Berlin und Brandenburg das Kulturprojekt „Preußen 2001 - Facetten einer Epoche“ aus der Taufe gehoben worden. Seine Realisierung hat inzwischen Halbzeit. Seitdem gibt es eine Flut von Publikationen und Veranstaltungen, darunter viele interessante, aber auch zeitlose, die ihre Thematik mit dem Zusatz „im Rahmen des Preußenjahres“ anpreisen.

Erwartungsgemäß wird das geschichtliche Erbe Preußens äußerst unterschiedlich bewertet. Es gibt kritische und apologetische sowie nostalgische Töne. Gefördert durch die Tourismusbranche in Brandenburg („Kulturland Brandenburg“) und vor allem durch die Medien ist ein regulärer Preußenrummel entfacht worden. Aber dieser scheint bisher doch nicht die Wirkung bei der Mehrheit der Bevölkerung zu erzielen, die man sich erhofft hat. „Für das abschließende Urteil ist es noch zu früh, doch von einer Tendenz kann nach gut einem halben Preußenjahr durchaus

gesprochen werden: Der Jubel klingt dünn“. Das kann man nun - offensichtlich ernüchtert - in einem Kommentar einer führenden regionalen Tageszeitung Brandenburgs lesen, die sich geradezu euphorisch für das Preußenjahr engagiert [1]. Dennoch lassen einige Töne des Preußenjahres den an der kritischen Bewältigung der deutschen Geschichte Interessierten aufhorchen. Der 24 Jahre alte „Chef“ der Hohenzollern hält eine Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland nicht für abwegig. Er sieht im Preußenjahr eine Aufwertung seiner Familie. Viele gegenwärtige Aktivitäten der Stiftungen Preußischer Kulturbesitz und Preußische Schlösser und Gärten sowie von Politikern, Museologen und Denkmalpflegern bestätigen dies. Die Zahl der Veranstaltungen und Ausstellungen, in denen Angehörige des Hauses Hohenzollern im Mittelpunkt stehen, ist überproportional hoch. Der 1956 in der Bundesrepublik gegründete Verein „Tradition und Leben“ beabsichtigt im Preußenjahr ein Treffen von 200 Monarchisten in Potsdam.

Führende Politiker denken darüber nach, wie das dargebotene Preußenbild für die Identitätsbildung in einem künftig fusionierten Land Berlin-Brandenburg und für die Erziehung und Bildung der Schuljugend genutzt sowie bei der Gestaltung der europäischen Zukunft zur Geltung gebracht werden kann.

Solche Überlegungen vor dem Hintergrund der Forderungen konservativer Politiker, dass ausländische Immigranten eine sogenannte „deutsche Leitkultur“ zu respektieren hätten sowie der verstärkten Einbindung der Bundeswehr in die bereits durchgeführten und geplanten militärischen Aktionen im Rahmen der neuen Nato-Strategie, die an der Kompetenz des UN-Sicherheitsrates rüttelt, können Zufall sein oder aber auch nicht. Die negativen Erfahrungen mit dem preußisch-deutschen Militarismus im 19. und 20. Jh machen misstrauisch.

Es erhebt sich daher die Frage: Ist das im Jahr 2001 gezeichnete Preußenbild lediglich eine differenziertere Darstellung Preußens als Teil der deutschen Geschichte oder ist es eine modifizierte Variante der Preußenlegende, auf die die vergangenen Herrscher auch die Faschisten zur Begründung ihrer innen- und außenpolitischen Ziele und deren Durchsetzung gern zurückgegriffen haben. Diese Legende kam vor allem nach der Reichsgründung 1871 auf. Sie ist ein konservatives, an den Erfolgen der Einigung Deutschlands „von oben“ durch Preußen orientiertes, verklärtes Traditionsbild. Seine Autoren kommen aus der von Heinrich von Sybel und Heinrich von Treitschke beeinflussten Schule der Geschichtsschreibung. Über akademische Einrichtungen, den Geschichtsunterricht der Schulen und die Medien wurde es im Volk verbreitet [2]. Diese Legendenbildung hatte eine ethische (preußische Tugenden), soziale (Fürsorge der Herrscher gegenüber den Untertanen, soziale Reformen „von oben“), militärische (Siege, Überlegenheit gegenüber den Feinden, Durchhaltefähigkeit in misslichen Situationen) und die geschilderte nationale Komponente.

Die Auseinandersetzung mit dem Ziel, Inhalt und der Methode der Preußenlegende im 19. Jh gehört zu den eindrucksvollsten und bleibenden Leistungen der jungen Sozialdemokratie. An den Sachverstand und die Polemik August Bebel, Wilhelm und Karl Liebknechts und vor allem Franz Mehrings muss die heutige Linke unter

veränderten Bedingungen anknüpfen. Ihre antimilitaristische und antifaschistische Grundhaltung sowie die geschichtlichen Erfahrungen der Älteren in ihren Reihen verpflichtet sie geradezu zur kritischen Begleitung der Geschichte. Zu dieser gehört auch Preußen mit seinen weißen und schwarzen Farben. Um zu ausgewogenen Urteilen zu kommen, brauchen wir keine eklektische Geschichtsdarstellung, sondern ein Gesamtbild, in dem die schwarzen und weißen Farben im Verhältnis zueinander betrachtet werden. Besonders interessiert ist eine linke Partei an der Geschichte sozialer Bewegungen, der antimilitaristischen und antiabsolutistischen Opposition, der Kultur und Lebensweise(n) des Volkes im ehemaligen Preußen. Eine derartige Preußendarstellung ist m.E. im gegenwärtigen Preußenjahr nicht erkennbar und auch nicht beabsichtigt.

Die folgenden Thesen wollen daher die Tendenzen der Interpretation des offiziell angebotenen Preußenbildes 2001 darstellen und diese Auffassung zur Diskussion stellen.

2. Was will das Preußenjahr 2001 erreichen?

Am 9. März 2000 haben das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur erstmals einen Ländervertrag geschlossen. Inhalt des Vertrages ist ein gemeinsames **Kulturprojekt** der Länder Berlin und Brandenburg. Sein Thema lautet:

„Preußen 2001 – Facetten einer Epoche“

Dazu gehören Ausstellungen, Konzerte, Lesungen, Theater, Vorträge, Diskussionen, Volksfeste Spaziergänge, Fahrradtouren und geführte Ausflüge zu den Schauplätzen der preußischen Geschichte. Im Mittelpunkt wird vor allem die gemeinsame Landesausstellung Berlin und Brandenburg stehen Sie besteht aus zwei Teilen:

„Preußen 1701 – eine europäische Geschichte“

(ab 6. Mai in der Orangerie des Schlosses Charlottenburg)

„Marksteine. Eine Entdeckungsreise durch Brandenburg-Preußen“

(ab 18. August im neu eröffneten Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte im Kutschenstall am Neuen Markt in Potsdam)

Das im April 2000 für die Leitung des Projektes gebildete Kuratorium unter dem Ehrenvorsitz des Bundespräsidenten a.D. Dr. Richard von Weizsäcker sieht die

Ziele des Preußenjahres 2001

wie folgt:

„Die Vereinigung Europas in Frieden und Freiheit ist durch die Einladung der Europäischen Union an die Länder Mittel- und Osteuropas zur

Mitgliedschaft in eine entscheidende Phase getreten. Die Vollendung Europas hat ihre Wurzeln in der wechselvollen Geschichte der europäischen Staatenwelt, zu der auch das Königreich Preußen seinen Teil beigetragen hat.

Die Kenntnis dieser Geschichte mit ihren schweren und guten Zeiten gehört zu den Fundamenten der europäischen Zukunft.“ (v. Weizsäcker)

Demnach stehen nach Auffassung des Kuratoriums im Projekt „Preußen 2001 – Facetten einer Epoche“ zwei Aspekte im Vordergrund:

1. Es sind jene historischen Zusammenhänge darzustellen, die den Weg zu unserer heute geltenden Gesellschaftsordnung, der parlamentarischen Demokratie, mit vorbereitet haben und sie in ihren Formen aus der Geschichte heraus verständlich zu machen. Aus dem positiven wie negativen Fundus, den uns Preußen hinterlassen hat, ist für das künftige Zusammenleben zu lernen. Schließlich ist unser Zusammenleben in erster Linie eine kulturelle Leistung.

2. Die Veranstaltungen sollen uns geschichtliche Zusammenhänge und Zeit vermitteln. Sie sollen uns die Welt verständlich machen, nicht in Form von Rezepten, sondern durchaus von Paradoxien.

Preußen gehört ohne Zweifel zu unserer Vergangenheit, zu unserem geschichtlichen Erbe. Aber wie man damit umgeht ist die Frage, an der sich die Geister scheiden. Die Richtung der Pflege historischer Traditionen wird meist durch aktuelle politische Interessen der jeweils Herrschenden beeinflusst. Letztlich entscheidet aber das Volk, ob eine Tradition angenommen wird oder nicht. Manipulationen sind allerdings bei solchen Entscheidungen nicht auszuschließen. Es ist daher wichtig, dass sich die breite demokratische Öffentlichkeit, vor allem die Opposition, in die Diskussionen zum Preußenjahr 2001 einschaltet und eventuellen Geschichtsverzerrungen entgegentritt.

In der bisherigen Diskussion sind bereits kritische, aber auch zustimmende Stimmen zu hören. Dazu gehören z.B. einerseits die Meinung, dass das Preußenjahr dazu beitrüge, die Identität eines fusionierten Bundeslandes Berlin-Brandenburg zu finden und andererseits die Ergebnisse einer von der Berlin Tourismus Marketing GmbH anlässlich des Preußenjahres gestartete Umfrage in Europa, USA und Japan. Diese Untersuchungen haben ergeben, dass es noch „latente Ängste oder Animositäten“ gegenüber Preußen gibt. Negative Assoziationen gebe es beispielsweise in Österreich, Frankreich, Dänemark und in der Schweiz. Die Berliner Tourismuszentrale hat daher beschlossen, für die deutsche Hauptstadt „nicht explizit mit dem Preußenjahr zu werben“. In Brandenburg wird dagegen mit dem „Kulturland Brandenburg“ auf dem Gebiet des Tourismus geworben.

Die Konzeption des Kulturprojektes ist widersprüchlich. Sie fordert einerseits, „geschichtliche Zusammenhänge“ zu vermitteln, treibt aber andererseits die Differenzierung ihrer darzustellenden Facetten bis zu ihrer Verselbständigung. Die Komplexität der Geschichtsbetrachtung, die maßgeblich ihre Erkenntnis beeinflusst, geht verloren oder wird zumindest unscharf.

3. Welche ersten Eindrücke von den Tendenzen des Preußenbildes 2001 gibt es?

Das Preußenjahr hatte kaum begonnen, gab es – z.T. schon vor der offiziellen Eröffnung am 18.01.01 im Konzerthaus am Gendarmenmarkt in Berlin – eine Flut von Publikationen (Monographien, Artikel in der regionalen und überregionalen Presse, eine Fernsehdokumentation im ARD und ORB mit abschließender Diskussionsrunde etc.).

Wie zu erwarten, wird das geschichtliche Erbe Preußens, sein „positiver und negativer Fundus, aus dem wir für das künftige Zusammenleben der europäischen Völker lernen sollen“, äußerst unterschiedlich bewertet. Dass dieser Fundus widersprüchlich ist, wird in der Regel nicht bestritten.

Das Projekt „Preußen 2001 – Facetten einer Epoche“ gibt die Richtung an. Es ist allerdings von den Festrednern der Eröffnungsveranstaltung z.T. unterschiedlich interpretiert worden. **Die Facetten Bildung, Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft dominieren. Das Militär kommt nur am Rande vor.** In Publikationen und auf wissenschaftlichen Konferenzen werden zum Teil solide Forschungsergebnisse auf diesen Gebieten angeboten. **Gleichzeitig werden mit dem Blick auf Europa sogenannte „preußische Tugenden“, vor allem Toleranz, betont.**

Die für den Verlauf der deutschen Geschichte verheerende Rolle des preußischen Militarismus wird verharmlost. Von einer Reihe von Autoren wird der Begriff in Frage gestellt.

Die Beziehungen einflussreicher rechtskonservativer Kräfte Preußens zum deutschen Faschismus (Nationalsozialismus) werden ausgeklammert. Das betrifft vor allem die Theorien und die Praxis des Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und der Demokratiefeindlichkeit in Preußen, die zu den geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus gehören.

Diese eklektische Geschichtsbetrachtung hat eine Tradition in der deutschen Geschichtswissenschaft. Sie widerspiegelte sich bereits in der schon erwähnten Preußenlegende, die nach der Reichsgründung 1871, vor allem in den neunziger Jahren des 19. Jh., aufkam. Nach dem Willen der nationalkonservativen Kräfte sollte sie die nationale Identität des deutschen Volkes prägen. Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie für die Auflösung dieser monarchistisch-patriotischen Legenden gehörte zu den Höhepunkten der Auseinandersetzung mit dem reaktionären Preußentum.

Allerdings überlebten die Preußenlegenden, nachdem sie von den nationalkonservativen und nationalliberalen Kräften in der Weimarer Republik sowie in der Zeit des Faschismus kräftig gepflegt wurden, auch das Ende Preußens 1947. Nach einer Zeit der gemeinsamen Distanz zu Preußen in allen Besatzungszonen der Alliierten wurden nach der Spaltung Deutschlands 1949 in den fünfziger und Ende der sechziger Jahre in der alten Bundesrepublik die preußischen Tugenden im Zusammenhang mit der Remilitarisierung und den Studentenunruhen wieder betont. Diese „neue und differenzierte“ Sicht erreichte mit der westberliner

Preußenausstellung im Gropius-Bau 1981 einen vorläufigen Höhepunkt.
Die Preußenlegende war modernisiert und in den Konturen etwas verschwommener wieder da.

Was wir jetzt im offiziellen Preußenjahr erleben, ist eine Fortsetzung dieser Ausstellung: „Preußen-Versuch einer Bilanz“.

Sie war mehr oder weniger auch der Anlass für eine Diskussion über Erbe und Tradition in der DDR. Dabei wurde speziell auch über das preußische Erbe diskutiert. Die vorwiegend kritische Sicht der Geschichtswissenschaft der DDR auf Preußen wurde differenzierter. Die Anfänge der Hinwendung zu Preußen waren bereits Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre zu spüren (Preußische Reformen, Befreiungskriege 1813/14).

Die Zwiespältigkeit Preußens spielte in Lehre, Forschung, Kunst und Propaganda eine größere Rolle. Dazu trugen vor allem die Publikationen von G. Vogler / K. Vetter (Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung 1979); I. Mittenzwei (Friedrich II. von Preußen 1979/80); E. Engelberg (Bismarckbiographie 1985) sowie die Monographien K. Finkers zur Teilnahme von Angehörigen des preußischen Adels am antifaschistischen Widerstandskampf bei. Diesem differenzierten Preußenbild fühlt sich auch die 1993 erschienene preußische Kulturgeschichte H. Kathes (Preußen zwischen Mars und Museen) verpflichtet[3].

4. Sind die preußischen Tugenden unser zukunftsweisendes Erbe?

Die Redner auf der Festveranstaltung zur Eröffnung des Preußenjahres am 18. Januar 2001 bejahten diese Frage mehr oder weniger einschränkend. In der bisherigen Diskussion, vor allem in den Massenmedien, sind die Kritiker der preußischen Tugenden nicht zu übersehen bzw. nicht zu überhören. Viele gute Argumente gegen die Verwendung dieser sogenannten moralischen Leitbilder kann man inzwischen in den publizierten Meinungsäußerungen nachlesen. Ergänzend oder bekräftigend zu den kritischen Auffassungen kann noch folgende Antwort auf die oben gestellte Frage diskutiert werden:

Als die wichtigste preußische Tugend wird die Toleranz der preußischen Herrscher genannt. Beim näheren Hinsehen entpuppt sie sich als religiöse Toleranz für „nützliche“ Ausländer.

Sie ist gepaart mit Intoleranz gegenüber nationalen Volksgruppen auf preußischen Territorium (Dänen, Friesen, Sorben, Polen). Die blutige Niederschlagung des schlesischen Weberaufstandes 1844 und der bürgerlichen Revolution 1848/49 in Deutschland („Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“), die Missachtung der Frankfurter Nationalversammlung und der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, die in anderen europäischen Ländern dem Volk bereits gewährt wurden, zeugen nicht von dem hohen Maß an Toleranz, das den Preußenkönigen in einigen Publikationen unterstellt wird.

Sogenannte *Tugenden wie Pflichtbewusstsein, Sparsamkeit, Effizienz, Loyalität gegenüber dem Staat, Akkuratessse*, die Diepgen in seiner Rede am 18. Januar als das „preußische Vermächtnis für das dritte nachchristliche Jahrtausend“ bezeichnete, provozieren das Nennen von preußischen Untugenden wie *Kadavergehorsam, Untertanengeist und die Verletzung der Menschenwürde* z.B. durch den unsäglichen Drill in der preußischen Armee.

Es widerspricht auch den Erkenntnissen der Psychologie, das menschliche Individuum in generalisierte Eigenschaftsschablonen zu pressen. Verhaltenseigenschaften bilden sich bekanntlich individuell in der Auseinandersetzung mit der Umwelt, zu der in Preußen auch die gesellschaftlichen Bedingungen des Militarismus gehört haben. Ferner muss man sich fragen, was an den genannten Tugenden „typisch preußisch“ sein soll. Sie sind sicherlich bei den Bayern, Schwaben, Sachsen, Hessen u.a. Deutschstämmigen sowie bei Ausländern genauso häufig anzutreffen wie bei ehemaligen Preußen. Zu der Aussage „typisch preußisch“ kann man nur kommen, wenn die Wechselbeziehungen der Kulturen, das damit verbundene ständige Geben und Nehmen zwischen den Völkern berücksichtigt werden. Preußen hat viel von den Kulturen seiner Immigranten profitiert, von den Hugenotten, Holländern, den Schweizer Eidgenossen, Böhmen, den Salzburger Protestanten und Juden. Das gilt auch für die Rheinländer, Hannoveraner, Sachsen u.a. Deutsche, die in Preußen angesiedelt wurden. Ohne sie hätte Preußen das spätere hohe Niveau auf den Gebieten der Bildung, Wissenschaft, Kunst und Technik nicht erreicht und weitergeben können.

Auf der anderen Seite haben viele Intellektuelle Preußen verlassen, weil sie keine Entwicklungsmöglichkeiten sahen, die geistige Atmosphäre in Preußen als zu muffig und intolerant empfanden. Nicht zuletzt deswegen sind z.B. Lessing, die geborenen Preußen Klopstock, Herder und einer der „Väter der Archäologie“ und Schöpfer des Begriffs „Klassizismus“, Winkelmann, außer Landes gegangen. Sie mussten fliehen, weil sie die preußische Despotie kritisierten. Klopstock ging nach Dänemark, Herder nach Russland und Winkelmann nach Rom. Die Liste berühmter preußischer Emigranten kann man ohne Schwierigkeiten fortsetzen.

Die Berücksichtigung der Wechselbeziehungen der Kulturen in der Forschung zur preußischen Geschichte verlangt auch einen soliden nationalen und internationalen Vergleich

Diese Methoden sollten auch in den Geschichtswissenschaften stärker in Anwendung kommen. Mit ihrer Hilfe könnten zu euphorische Aussagen zur preußischen Geschichte relativiert werden. Schließlich gehört zu einer soliden historischen Forschung das verantwortungsbewusste Einordnen der Facetten der preußischen Epoche in übergeordnete tatsächliche Zusammenhänge. Dazu gehörte in Preußen nun einmal der Militarismus. Das Ergebnis der Auseinandersetzung der einzelnen Staatsbürger mit dieser gesellschaftlichen Erscheinung war die individuelle Ausprägung der genannten Tugenden und Untugenden, wobei durchaus Analogien bei der Mehrheit der Untertanen auftreten konnten. Das Ehr- und Pflichtgefühl eines preußischen Beamten oder Offiziers

während Nazizeit ließ den einen 1944 in den Widerstand gehen, der andere hielt bis zum bitteren Ende Hitler die Treue.

Wenn sich die gesellschaftlichen Bedingungen verändern, ändern sich auch die Strukturen von Persönlichkeitseigenschaften. In unseren demokratischen Gesellschaften ist z. B. Pflichtgefühl nicht mehr so eng mit Gehorsam verknüpft wie im preußischen Militärstaat. Von einem pflichtbewusstem Bürger werden heute kreatives und kritisches Mitwirken an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens erwartet.

Das war selbst unter den obrigkeitsstaatlichen Bedingungen der DDR der Fall. So gab es Möglichkeiten einer demokratischen Mitgestaltung der Prozesse in den Arbeitskollektiven. Daher sind Analogien zwischen preußischen Tugenden und dem in der DDR propagierten „Sozialistischen Menschenbild“ ahistorisch. Die gleiche Einschätzung gilt für die aktuelle Verwendung der sog. Preußischen Tugenden. Sie sind daher für uns kein zukunftsweisendes Erbe.

5. Erweist sich der Militarismusbegriff als eine Verengung der historischen Perspektive?

Das behauptet ein Potsdamer Militärgeschichtler, der mit „alten Vorurteilen“ aufräumen will. „Von Potsdam aus wurde Preußen aufgebaut, von Sanssouci aus durchleuchtet“ (Theodor v. Fontane). „Es war nicht ein Land mit einer Armee, sondern eine Armee mit einem Land als Standquartier und Verpflegungsmagazin“ (v. Behrenhorst, Militärgeschichtler des 18. Jhs). Für diese Besonderheit der Staatsform Preußens hat sich der Terminus preußischer Militarismus eingebürgert.

In den Veröffentlichungen des Kuratoriums des Projektes Preußen. 2001 - Facetten einer Epoche wird der Begriff gemieden, ebenfalls in den Reden Stolpes und Prof. Knopps. In der Rede Diepgens hat man den Eindruck, dass der Begriff wissenschaftlich überholt sei, was in einigen Publikationen auch so zum Ausdruck gebracht wird. Die für den Verlauf der deutschen Geschichte verheerende Rolle des preußischen Militarismus wird in Frage gestellt beziehungsweise geleugnet. Es gibt aber auch den Versuch, seine Existenz bis zur Reichsgründung zu befristen, weil Preußen angeblich 1871 in Deutschland aufgegangen sei.

Der Militarismusbegriff wird häufig in den „neuen“ Publikationen auf die Existenz eines stehenden Heeres verengt. Die Existenz eines stehenden Heeres im Absolutismus ist noch kein Militarismus, Dieser Irrtum taucht z.B. auch in der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin auf dem Festakt am 18.1.01. auf.

Auf der Grundlage des „Jüngsten Reichsabschieds“ 1654 bildeten alle größeren Landesfürsten nach und nach ein stehendes Heer auf ihren Territorien, aber bei keinem - von einigen späteren Nachahmungen von Details abgesehen - waren

die militaristischen Besonderheiten des Absolutismus so ausgeprägt wie in Preußen.

Militarismus war vor allem durch die überproportionale Größe des stehenden Heeres als innen- und außenpolitisches Machtinstrument des absolutistischen Herrschers und darüber hinaus durch die Verflechtung des Militärs mit der Wirtschaft (Merkantilismus), Bildung, Wissenschaft und Kunst gekennzeichnet.

Friedrich II. charakterisierte diese Verflechtung in seinem ersten Politischen Testament 1752 wie folgt:

„Alle Zweige der Regierung sind eng miteinander verbunden. Das Finanzwesen, die Politik und das Militär sind untrennbar; es genügt nicht, dass einer dieser Zweige gut verwaltet wird, sie alle müssen es sein, sie müssen wie die vor den Triumphwagen im olympischen Wettkampf gespannten Pferde geführt werden, die, mit vereinten Kräften gleichmäßig ziehend, blitzschnell die vorgeschriebene Bahn durchlaufen, den Wagen ans Ziel bringen und den Lenker zum Sieg führen“ [4].

Das Militär war gesellschaftlich prägend. Seine sozialökonomischen Basis war der alteingesessene Adel, die Junker, die seit dem 16. Jh. die in Brandenburg dominierende Gutswirtschaft östlich der Elbe fest in ihrer Hand hatten.

Am Anfang der brandenburgische- preußischen Geschichte stand das Militär sowohl in der Markgrafschaft Brandenburg als auch im Herzogtum Preußen. Der Markgraf Albrecht der Bär verfügte wie alle anderen Markgrafen über ein Ritterheer, das dem Schutz der Grenzen des Reiches diente und mit dem selbständig Eroberungen gemacht wurden. Der Ordensstaat und das spätere Herzogtum in Ostpreußen war ebenfalls militärisch organisiert.

Der brandenburgische Kurfürst Friedrich–Wilhelm (1640-1688) nutzte daher als erster die rechtliche Möglichkeit des „Jüngsten Reichsabschieds“. Er schuf ein starkes Heer, das 30000 Mann umfasste, zeitweilig sogar eine in Ostpreußen stationierte Flotte, mit der koloniale Eroberungen gemacht werden sollten. Die Staatsverwaltung wurde zentralisiert und Beamte eingesetzt Vor allem schränkte er mit dem Landtags- Rezess 1653 die Steuerbewilligungsrechte der Landstände ein, in denen die Gutsherren dominierten. Gleichzeitig erweiterte er die wirtschaftlichen und sozialen Rechte des Adels. Dieser bekam von den preußischen Herrschern stets Vergünstigungen in Gestalt von Zollfreiheit für Korn-, Holz- und Wollausfuhr, der Legalisierung der sogenannten zweiten Leibeigenschaft, der Gesindeordnung, Patrimonialgerichtsbarkeit, Kompaniewirtschaft usw.

Mit den genannten Maßnahmen stellte der Große Kurfürst die Weichen für die Herausbildung des preußischen Militarismus. Die Verbindung zwischen Wirtschaft, Kunst und Militär war bereits erkennbar.

Alle Preußenherrscher haben es bis zum Ende der Monarchie 1918 vermieden, sich mit dem Junkertum anzulegen. Sie beherzigten die Mahnung Friedrichs II. im oben genannten Testament: „Ein Ziel der Politik des Herrschers in diesem

Staat ist, den Adel zu erhalten; denn welche Veränderung auch immer eintreten mag, er wird dann vielleicht einen reicheren, niemals aber einen tapferen und treueren haben. Damit der Adel sich auf seinen Besitzungen behauptet, ist es erforderlich, Bürgerliche daran zu hindern, adlige Güter zu erwerben.... Gleichermaßen erforderlich ist, dass der Adel daran gehindert wird, anderswo Dienst zu tun, und dass ihm Standesbewusstsein und patriotisches Empfinden beigebracht wird“ [5].

Ihren prägenden Charakter für den Verlauf der gesamten preußischen Geschichte erhielt die militaristische Entwicklung unter der Regentschaft Friedrich-Wilhelm I: und seines Sohnes Friedrich II.

Friedrich-Wilhelm I. (1713-1740), der bald den Beinamen „Soldatenkönig“ erhielt, übernahm von seinem Vater Friedrich I. eine 40000 Mann zählende Armee. Am Ende seiner Regierungszeit hatte er ein hoch gerüstetes und gut ausgebildetes Heer von 83000 Mann.

Preußen hatte zu dieser Zeit 2,25 Mill. Einwohner. 3,7% der Einwohner waren Angehörige der Armee. Bei Machtantritt Friedrich II. (1740 – 1786) hatte Preußen die viertgrößte Armee in Europa nach Frankreich, Russland und Österreich. Flächenmäßig nahm Preußen den 10. Rang ein, seine Bevölkerungszahl rangierte an 13. Stelle. Während der „Soldatenkönig“ die Neutralitätspolitik Friedrich I. fortsetzte und seinem Sohn Friedrich II. in seinem Testament 1721 mit auf den Weg gab, dies ebenfalls zu tun, nutzte dieser die Armee, um mit drei Schlesischen Kriegen Preußen zu einer europäischen Großmacht aufsteigen zu lassen. Seine Armee wuchs. Im Verlauf des Jahres 1740 hatte sie eine Sollstärke von 99446 Mann, d.h. 4% der Bevölkerung waren unter Waffen. In Frankreich (203000 Mann) waren es 1,2%, in Russland (170000 Mann) 0,9% und in Österreich (107892) 0,8% der Einwohner. Zu Beginn des Siebenjährigen Krieges 1756 umfasste preußische Armee 153700 Mann und blieb damit weiter viert stärkste Armee Europas. Die Soldaten wurden entweder geworben oder rekrutiert. Keine andere europäische Armee handhabte die Werbung von Soldaten so rigoros mit List und Gewalt wie die preußische. Das führte des öfteren zu diplomatischen Verwicklungen z.B. mit England und Holland. Die Abrichtung der preußischen Rekruten zu willenslosen Schieß- und Exerziermaschinen war vollendet. Die preußische Armee war aufgrund ihrer Struktur sehr beweglich und vor allem mit ihrer (z.T. reitenden) Artillerie sehr schlagkräftig. Sie beherrschte die damals übliche Lineartaktik perfekt. Trotzdem wurde das Kriegsziel, europäische Großmacht zu werden, nur mit großen Verlusten durch Kriegseinwirkungen und Desertion sowie durch einen für Preußen günstigen Wechsel der Machtkonstellationen bei den am Krieg beteiligten Großmächten erreicht.

Das Kriegsziel wäre auch nicht erreicht worden, wenn der preußische Staat die Gesellschaft nicht darauf ausgerichtet hätte.

Der Staat wurde stark zentralisiert. 1722/23 schuf Friedrich-Wilhelm I. das „Generalfinanz-, Kriegs- und Domänendirektorium, kurz Generaldirektorium genannt. Diese Einrichtung wurde zur obersten Behörde für die gesamte innere

Staatsverwaltung und Wirtschaftspolitik. Ihm untergeordnet sind die Kriegs- und Domänenkammern in den vier Provinzialdepartements. Unter Friedrich II. wurde die Zentralisierung des Staates in verschärfter Form fortgesetzt. Die Fachdepartements wurden zwar weiter differenziert, aber auf der anderen Seite fällt der König seine politischen Entscheidungen alleine „aus dem Kabinett“. Er überwachte sie mit Hilfe von schriftlichen Weisungen an die Minister. Durch die strikte Beachtung der Über- und Unterordnung hielt er die obersten Behörden Preußens zusammen und realisiert damit den Zentralismus als staatliche Organisationsform. Darüber hinaus begann er, in Gestalt des **Allgemeinen Preußischen Landrechts** eine einheitliche Rechtssprechung zu schaffen, die allerdings erst 1794 unter seinem Nachfolger eingeführt wurde.

Verwaltung und Wirtschaft standen eindeutig im Dienst der Armee. Im Staatshaushalt beanspruchten die Ausgaben für das Militär in der Regel das Drei- bis Vierfache des Etats der Zivilverwaltung. Zudem wurden durch die Anlage eines Staatsschatzes, eine strenge Steuerverwaltung, die Einrichtung einer Oberrechnungskammer nach französischem Vorbild die finanziellen Bedürfnisse des Heeres gesichert. Schutzzölle begünstigten die Gutswirtschaft und die Manufakturen, die für die Versorgung der Armee von Bedeutung waren.

Im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Verwaltung entsteht ein **Beamtentum**, das zur Treue gegenüber dem Staat verpflichtet ist. Angehörige des Adels nahmen die Gelegenheit wahr, eine solche Stellung zu bekleiden. Sie wurden, vor allem wenn sie schon dem ebenfalls gebildeten Offizierskorps angehört hatten, im höheren Staatsdienst beschäftigt. Sie wurden Forstmeister, Inspektoren, Oberpräsidenten, Räte und Minister. Ehemalige Unteroffiziere wurden, vorgebildet durch die Feldprediger, vorwiegend eingesetzt als Volksschullehrer und Küster, in Ämtern der Akziseverwaltung und des Justiz- und Polizeiwesens. Der preußische Staat erhielt somit Beamte, die an Gehorsam und exaktes Ausführen von Befehlen gewöhnt waren. Sie sorgten dafür, dass die Bürger „parierten, ohne zu rasonieren“. Dies ist auch eine Facette der preußischen Geschichte, die Epochen überdauerte.

Friedrich-Wilhelm I. und Friedrich II. sahen die wichtige Rolle der Bildung ihrer Untertanen für Armee und Staat. Friedrich –Wilhelm I. wirkte persönlich am Generaledikt **1717** mit, das die **Schulpflicht in Preußen** einführte (fast hundert Jahre nach der Schulpflicht im Herzogtum Weimar und später als in vielen anderen deutschen Teilstaaten). Dieses Edikt gab dem weiteren **Ausbau des Volksschulwesens** wertvolle Impulse. Friedrich-Wilhelm I. bevorzugte in seiner Bildungspolitik aber eindeutig das **Militärschulwesen**. Dies hatte sich schon mit dem stehenden Heer des Großen Kurfürsten entwickelt.

Das Militärschulwesen war eng mit der Gründung des Feldpredigeramtes und der Einrichtung besonderer Garnisonskirchen verbunden. Die Feldprediger hatten neben der Seelsorge in Lazaretten und Gefängnissen die Aufgabe, die Soldaten zur Tapferkeit anzufeuern, gegen Desertion, Freigeisterei und Atheismus zu kämpfen. Vor allem sollten sie die Soldaten zum Gehorsam gegenüber ihren

Vorgesetzten erziehen. Sie unterrichteten auch die Soldatenkinder in Religion und Elementarfächern (Rechnen, Schreiben und Lesen).

Diese Regiments- und Garnisonsschulen ähnelten den niederen Bürgerschulen. Sie waren die Lehranstalten für die Kinder der Mannschaften, der Unteroffiziere und Militärbeamten. Die Kinder der Soldaten und die Soldatenfrauen galten als Armeeingehörige.

Obwohl es noch eine geraume Zeit dauerte bis die Schulpflicht in den Städten und Dörfern durchgesetzt werden konnte, veränderte sich der Fächerkanon der Volksschule gegenüber dem der Regiments- und Garnisonsschulen nicht. Auch der aufgeklärte Friedrich II. änderte an dieser Situation nichts. Dass es während seiner Regierungszeit dennoch zu beispielgebenden Leistungen auf dem Gebiet der Bildung gekommen ist, hat er dem adligen Gutsherren Friedrich Eberhard von **Rochow** zu verdanken, der, inspiriert von den im Fürstentum Anhalt-Dessau entwickelten philanthropischen Bildungsauffassungen auf seinem Gut Reckahn ein in Deutschland **bahnbrechendes Landschulwesen** schuf. 1771 übernahm Karl Abraham Freiherr von Zedlitz die Leitung der Kirchen- und Unterrichtsangelegenheiten in Preußen. Er versuchte, geistige, merkantilistische und militärische Interessen des preußischen Staates mit neuen pädagogischen Lehren des Philanthropismus zu verbinden. Als **[Freiherr von Zedlitz]** Verfechter des aufgeklärten Absolutismus wollte er eine **Standesschule**, die die Gedanken der Aufklärung von der Vervollkommnung des Menschen durch Bildung und Erziehung je nach Stand umsetzen sollte. Neben dem Landschulwesen hat Preußen mit der Herausbildung eines neuen Schultyps, der **Realschule**, die Bildungsgeschichte Deutschlands nachhaltig beeinflusst, weil die Volksschule, aber auch die höhere Bildung den Anforderungen des sich im 18. Jh. entwickelnden Handels und Gewerbes an die berufliche Vorbereitung der dort Tätigen nicht mehr gerecht wurde. Die erste dauerhafte Realschulgründung gelang 1747 in Berlin **Johann Julius Hecker**, einem Schüler A. H. Franckes. Seine „Ökonomisch-Mathematische Realschule“ betonte das selbständige Arbeiten der Schüler und orientierte sie je nach sozialem Stand auf eine große Zahl von Berufen in Handel, Handwerk, Manufaktur und Landwirtschaft. Naturkundliche Anschauungsmittel, Instrumenten-, Modell- und Büchersammlungen unterstützten den Unterricht.

Das Feldpredigeramt in der preußischen Armee, das Bestandteil des Militärschulwesens war, zeugt nicht nur von der Wichtigkeit der Religion und der Kirche in Brandenburg-Preußen, sondern auch von der **Existenz eines selbständigen Militärkirchenwesens** Feldprediger wurden bei der Vergabe von Pfarrstellen, höheren Kirchenämtern und auch bei der Besetzung von Professorenstellen für Theologie an preußischen Universitäten bevorzugt.

Das hatte zur Folge, dass strenge militärische Disziplin auch Eingang in das kirchliche Leben fand. Darin bestand die **Besonderheit der Verbindung zwischen Thron und Altar in Preußen**.

Der „Soldatenkönig“ sah nur den praktischen Nutzen der **Wissenschaften**. Medizin und Chemie waren wichtig für die Armee und die Bevölkerung. Deshalb

förderte er das Collegium medico–chirurgicum, eine Fachschule für Medizin und Pharmazie sowie einen für die Ausbildung seiner Beamten gedachten Lehrstuhl Kameralistik an der Universität Halle, die aber ansonsten durch die gegen die Aufklärung gerichtete Politik Friedrich–Wilhelms einen herben Rückschlag erlitt. Die Zahl der Studenten sank, weil die Armee Zwangsrekrutierungen durchführte. 1723 wird der führende Kopf der Aufklärung in Halle, der Prorektor Christian Wolff, durch eine königliche Order bei Androhung der Strafe des Strangs außer Landes verwiesen. Er hatte die Zwangsrekrutierungen kritisiert und sich 1721 gegen Kriege ausgesprochen, weil sie Greuel und unerträgliche Lasten mit sich bringen.

Ein ähnliches Schicksal erlitt die 1700 gegründete Berliner Akademie. Die wissenschaftlichen Leistungen der Akademie waren in ihrer Anfangszeit noch recht spärlich. Es begann ein Niedergang, der durch die Maßnahmen Friedrich–Wilhelm I. besiegelt wurde. Er lehnte die erbetene Schirmherrschaft über die Akademie ab und kürzte ihr Etat. Von ihm verspottete Gelehrte betraute er mit ihrer Leitung.

Als Friedrich II. 1740 den preußischen Thron besteigt, korrigiert er die Entscheidung seines Vaters und ruft den Philosophen Wolff mit hohen akademischen Würden nach Halle zurück. Er gibt sich als Bewunderer und Schüler Wolffs zu erkennen. Seine Regierungszeit ist u.a. durch eine systematische staatliche Förderung der Wissenschaften gekennzeichnet. In der Akademie begann unter seinem Einfluss eine regelmäßige Arbeit der Gelehrten. Sie entwickelte sich zum wissenschaftlichen Zentrum Preußens, das, obwohl es unzureichend finanziert wurde, dank seiner hervorragenden Mitglieder seine erste Blütezeit erlebte. Auf den Gebieten Mathematik, Physik, Chemie, Astronomie und Botanik war die Berliner Akademie führend. Durch ein systematisches Erfassen von Erfindungen, Entdeckungen, Produktionserfahrungen in westeuropäischen Ländern wurde deren Anwendung gefördert. Natürlich profitierte auch das Heer von dieser Tätigkeit. Die ständige Entwicklung von neuen Waffen in Preußen war für Wissenschaft und Technik immer Anregung und Ergebnis.

Eine der schillerndsten Facetten der preußischen Geschichte ist die **Kunst**. Umfangreiche **Kunstsammlungen** (Silbergeschirr und -geräte, Gläser, Porzellan, Gobelins, Gemälde, Skulpturen, Möbel, Münzen, Waffen usw.) zieren die Räume der Schlösser der Könige und des Adels sowie des reichen Bürgertums. Sie wurden im Verlauf der Geschichte Brandenburg–Preußens zusammengetragen, erworben oder in den zahlreichen Kriegen erbeutet, wie z.B. sehr schöne Stücke Meißener Porzellans im Siebenjährigen Krieg. Die bedeutendsten Sammlungen wurden während der Regierungszeiten des Großen Kurfürsten, Friedrichs I., Friedrich II. und Friedrich–Wilhelms IV. angelegt. Die Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam–Sanssouci in der DDR gaben in rege besuchten Ausstellungen 1986 und 1988 im Neuen Palais der Bevölkerung einen repräsentativen Einblick („Friedrich II. und die Kunst“; „Der Große Kurfürst Sammler. Bauherr. Mäzen“).

Beim Betrachten der Gemälde, Gläser, Porzellane, Fayencen, der Steingutprodukte, Gobelins und Münzen, vor allem bei den von „einheimischen“ Künstlern und Kunsthandwerkern geschaffenen, fallen die relativ hohe Anzahl militärischer Motive auf (Könige und Offiziere in Uniform, Paraden von Regimentern, Schlachtenszenen usw.). Abgesehen davon, dass bei antiken Darstellungen neben Musen und anderen Gestalten der griechischen und römischen Mythologie der römische Kriegsgott Mars eine dominante Stellung einnimmt.

Auch in der *Musik* der friderizianischen Zeit war neben der Erneuerung der von Friedrich-Wilhelm I. unterbrochenen höfischen Musikpflege und des sich in den achtziger Jahren entwickelnden bürgerlichen Musiklebens militaristische Tendenzen spürbar. Die bereits vom Großen Kurfürsten und Friedrich-Wilhelm I. geförderte Militärmusik (Märsche) und das Soldatenlied nahm vor allem während des Siebenjährigen Krieges einen erneuten Aufschwung, während die höfische Musikpflege zum Erliegen kam. 1758 erschienen die in einer volkstümlichen und derben Sprache abgefassten „Kriegslieder von einem preußischen Grenadier“ von Johann Wilhelm Ludwig Gleim. Waren diese bei den Soldaten sehr beliebten Gesänge anfangs fast ausschließlich patriotisch, wurden ihr Inhalt zunehmend kritischer. In den Texten trat die Friedenssehnsucht stärker hervor, das Soldatenleben wurde beklagt. Die von Friedrich geschmähte deutsche *Literatur* griff diese kritischen Töne auf, so z.B. Lessing in seinem Lustspiel „Minna von Barnhelm“. Kritisch äußerten sich auch die Schriftsteller Friedrich Karl Moser zum blinden Gehorsam von Beamten und Untertanen und Johann Peter Uz zum Krieg („Die deutsche Muse soll nicht jauchzen, sondern klagen. Denn Deutschland fühlt der Waffen Wut“). Sie setzten sich in Gegensatz zu der im Siebenjährigen Krieg aufkommenden preußisch-patriotischen Richtung der Literatur (z.B. Gleim, von Kleist, Zimmermann, Abbt).

Das Repräsentationsbedürfnis der Herrscher Brandenburgs-Preußens gepaart mit dem Können und den Leistungen solcher Baumeister wie Schlüter, Nehring, Eosander gen. Göthe, de Bodd, Johann und Georg Friedrich Boumann, Knobelsdorff, Gontard, Hildebrandt, Bühring, Manger und Unger im 17./ 18. Jh., Schinkel, Persius, Stühler, Hesse und Arnim im 19. Jh. sowie der Hofgärtner bzw. Landschaftsgestalter wie Heydert, Sello, Lenné, Eyserbeck u.a. haben ein architektonisches und landschaftliches Ensemble geschaffen, das heute als Potsdamer Kulturlandschaft Bestandteil des Weltkulturerbes ist. Es stellt eine glückliche Symbiose zwischen Natur und *Architektur* dar. Das gilt sowohl für das friderizianische Rokoko als auch für die klassizistischen Bauten und die Landschaftsparks der ersten Hälfte des 19. Jhs. Das friderizianische Rokoko vereinte klassizistische Elemente des italienischen, französischen und englischen Palladianismus und naturnahe dekorative Züge des norddeutschen Spätbarocks miteinander. Der Ausbau der Berliner und Potsdamer Residenzen begann schon im 17. Jh. unter dem Großen Kurfürsten und Friedrich I. und erreichte in der Regierungszeit Friedrich II. seinen Höhepunkt. Das architektonische Programm umfasste Schlossbauten, Kirchen, eine Bibliothek, ein Opernhaus, Stadttore,

Bürgerhäuser. Es dominierte noch das Spätbarock, obwohl dessen Blütezeit bereits vorüber war. Es dokumentierte den Machtbehauptungswillen und das Konservative des aufgeklärten Absolutismus Friedrichs II. Er sah sich nach dem siebenjährigen Krieg einem Handels- und Manufakturbürgertum gegenüber, dessen gesellschaftlicher Einfluss immer rascher wuchs. Da Berlin und Potsdam nicht nur Residenzen sondern auch Garnisonsstädte waren, gehörten auch Kasernen, Kommandantenhäuser, Lazarette, Wachen, Stallungen, Exerzierhallen, Magazine und Monturkammern zu ihrem Erscheinungsbild. Festungen wurden ausgebaut. Ältere Gebäude wurden seit den sechziger Jahren des 18. Jh. durch klassizistische Bauten ersetzt, deren strenges Äußere eine Beziehung zur soldatischen Disziplin herstellte. Die Stadtmauern, die Desertion und Akzisebetrug verhindern sollten, erhielten dekorative Stadttore (z B. das Nauener Tor 1755 im neogotischen Stil und das Brandenburger Tor 1770 in Form eines römischen Triumphbogens, Spätbarock, in Potsdam).

Diese Skizzen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche, die mit der preußischen Armee verflochten gewesen sind, zeigen schon deutlich, dass der Blick auf den preußischen Militarismus die Betrachtung der preußischen Geschichte nicht einengt. Eine solide historische Forschung muss die Facetten der preußischen Epoche in ihrem Zusammenhang betrachten, um deren Dominante sichtbar zu machen. Facetten sind bekanntlich eckig geschliffene Flächen von Edelsteinen und Glaswaren. Sie verzieren den Stein oder das Glas. Wenn im Zusammenhang mit der Betrachtung der preußischen Geschichte der Begriff Facette zu einer Metapher gemacht wird, dann muss man auch der Logik dieser bildlichen Wendung folgen. Die besagt: Facetten sind Teile eines Ganzen, des Rohdiamanten oder des Glases. Man kann sie also nicht ohne das Ganze betrachten. Das Ganze sind die gesellschaftlichen militaristischen Erscheinungen und Verflechtungen sowie deren Besonderheiten, die das Preußenbild geprägt haben. Aufgrund der dem Militarismus innewohnenden Widersprüche, die vor allem durch die sich ständig verändernden ökonomischen Bedingungen hervorgerufen worden sind, ändert und differenziert sich auch sein Erscheinungsbild. Die soziale Annäherung des Junkertums an die ökonomisch mächtige Bourgeoisie (Agrarkapitalismus) im 19. Jh., antimilitaristische Ideen und Aktionen (Friedensstaatsvisionen der Aufklärung und des Pietismus, Meutereien und Desertionen usw.), soziale Auseinandersetzungen, vielfältige, gegenläufige in- und ausländische geistige Einflüsse haben die Facetten der preußisch-militaristischen Entwicklung vervielfältigt. Wie die Farben Preußens sind sie schwarz und weiß.

6. Ist Preußen durch die Reichsgründung 1871 in Deutschland aufgegangen?

Am 18. Januar 1871, also genau 170 Jahre nach der Gründung des Königreiches Preußen wurde im Spiegelsaal des Versailler Schlosses das deutsche Kaiserreich proklamiert. Das deutsche Reich war zwar ein aus 25 Einzelstaaten bestehender

Bundesstaat aber seine Verfassung sicherte Preußen ein klares Übergewicht in der Legislative und Exekutive.

Die deutsche Kaiserwürde wurde für den preußischen König festgeschrieben. Er war zugleich Oberbefehlshaber von Heer und Flotte. Der preußische Ministerpräsident wurde Reichskanzler. Alle anderen führenden Positionen im Staatsapparat und in der Armee wurden ebenfalls mit Preußen besetzt. So wurde z.B. das komplette preußische Außenministerium und der gesamte preußische Generalstab übernommen. Wehrpflichtige gingen umgangssprachlich nicht wie heute zum „Bund“ oder in der DDR zur „Armee“, sie gingen in der Zeit von 1871- 1945 zu den „Preußen“. Preußen ging nicht, wie in einigen Publikationen zum Preußenjahr 2001 behauptet wird, in Deutschland auf, sondern im Gegenteil Deutschland wurde „verpreußt“. Der deutsche Einheitsstaat war „nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalen Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“ (Karl Marx 1875)[6]. Mit seinem Territorium von 348607 km² und einer Bevölkerungszahl von 29,9 Mill. Einwohner umfasste Preußen zwei Drittel des Staatsgebietes und 60% der Bevölkerung des deutschen Reiches. Alle wesentlichen schwerindustriellen Zentren lagen auf seinem Gebiet. Das volkswirtschaftliche Gewicht des preußischen Agrarsektors war ebenfalls sehr hoch. Die verhältnismäßig hohe Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Einwohner sicherte den Junkern die für den Erhalt ihrer Macht notwendigen Wählerstimmen.

Das Königreich Preußen existierte als größtes deutsches Land wie alle deutschen Monarchien bis zur Novemberrevolution 1918 und ging mit dem deutschen Kaiserreich unter. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Weimarer Verfassung wurde auch der Fortbestand des preußischen Staates innerhalb der künftigen deutschen Republik diskutiert. Einer der beiden Väter der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, trat energisch für die Auflösung Preußens ein. In seiner Denkschrift zur Verfassung nannte er folgende Gründe: „Ein Einzelstaat aber, der vier Siebentel des gesamten Reiches umfasst, ist nur als Hegemoniestaat möglich. Ist die preußische Hegemonie in Deutschland unmöglich geworden, so ist damit auch ein einheitliches Preußen in Deutschland unmöglich geworden“. Aber die Auflösung Preußens blieb nur Programm. Sie wurde in der Verfassung entsprechend den Wünschen des sozialdemokratisch dominierten Rates der Volksbeauftragten nicht konstituiert. Preuß schlug daher in seinem Verfassungsentwurf nur das Verfahren vor, wie durch das Zusammenwirken von Volksinitiative und Reichsmaßnahmen die territoriale Neugliederung vor sich gehen könnte.

So lebte Preußen als das größte der siebzehn deutschen Länder als Freistaat mit einer demokratisch gewählten Regierung (SPD, Zentrum) fort. Es überdauerte - gleichgeschaltet - die Zeit des Nationalsozialismus. 1939 lebten in Preußen 41,8 Mill. Einwohner.

Sein 294160 km² umfassendes Territorium war in folgende Provinzen gegliedert:

Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen, Hannover, Hessen-Nassau, Hohenzollernsche Lande, Ostpreußen, Pommern, Rheinprovinz, Sachsen, Schlesien, Schleswig-Holstein und Westfalen. Berlin war ein eigener Verwaltungsbezirk.

Am 25. Februar 1947 fasste der alliierte Kontrollrat im ehemaligen preußischen Kammergericht in Berlin auf Antrag Großbritanniens den Beschluss Nr. 46 Die Sowjetunion enthielt sich der Stimme. Mit diesem Beschluss wurde das Land Preußen und seine Regierung endgültig aufgelöst.

Der preußische Militarismus und seine geschichtlichen Folgen wurden als die wesentlichsten Ursachen dafür angesehen, dass zweimal im 20. Jh. von deutschem Boden ein mörderischer Weltkrieg ausging.

7. Gehört der preußische Militarismus zu den Wurzeln des deutschen Faschismus (Nationalsozialismus)?

„Der alliierte Vorwurf, Preußen sei die alleinige Wurzel des militaristischen und nationalsozialistischen Übels, zeugte ja schon immer schon von einer historischen Unkenntnis. Hitler war das Gegenbild zur preußischen Nüchternheit... war der Gegenpol der praktischen Vernunft Preußens“ bemerkte der Regierende Bürgermeister von Berlin u.a. in seiner Rede anlässlich der Eröffnung des Preußenjahres 2001. Wer mehr historische Unkenntnis bewies, sei dahingestellt, aber einen Gegensatz zwischen dem militaristischen Preußen und dem sogenannten Nationalsozialismus konstruieren zu wollen, ist Ignoranz gegenüber historischen Fakten. Hitler und Goebbels sahen das am berüchtigten „**Tag von Potsdam**“ (21. März 1933) nicht so. Der Organisator dieser Show, *Joseph Goebbels*, wurde nicht müde, immer wieder die Einheit zwischen Preußen und Nationalsozialismus mit den folgenden Worten zu bekräftigen: „**Der Nationalsozialismus darf mit Fug und Recht von sich behaupten, dass er Preußentum sei. Wo immer wir Nationalsozialisten auch stehen, in ganz Deutschland sind wir Preußen. Die Idee, die wir tragen, ist preußisch. Die Wahrzeichen, für die wir fechten, sind von Preußengeist erfüllt, und die Ziele, die wir zu erreichen trachten, sind in verjüngter Form die Ideale, denen Friedrich-Wilhelm I., der große Friedrich und Bismarck nachstrebten**“ [7]. In seiner Rede in der Potsdamer Garnisonskirche sagte *Hitler* u.a.: „Am 5. März hat sich das Volk entschieden und in seiner Mehrheit die nationale Regierung bestätigt, in einer einzigartigen Bewegung hat es in wenigen Wochen die nationale Ehre wiederhergestellt und dank Ihrem Verstehen, Herr Reichspräsident, die **Vermählung vollzogen zwischen den Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft**“. (Hervorhebung D.S.) [8] Mit der „alten Größe“ war Preußen und mit der „jungen Kraft“ war der Nationalsozialismus gemeint. Der Höhepunkt der Eröffnung des Reichstages war der symbolische Händedruck zwischen Hindenburg und Hitler sowie eine Kranzniederlegung vor den Särgen Friedrich-

Wilhelms I. und Friedrichs II. Dem Staatsakt wohnten auch Kronprinz Wilhelm, der SA-Gruppenführer Prinz August Wilhelm und die Repräsentanten der evangelischen und katholischen Kirchen bei. Anschließend fand in der Breiten Strasse eine große Parade statt. An Hindenburg, den Regierungsmitgliedern und den zahlreich erschienenen Generälen der alten kaiserlichen Armee und der Reichswehr zogen vorbei: Das Infanterieregiment Nr. 9, das einen besonders hohen Anteil von adligen Offizieren hatte, andere Einheiten der Potsdamer Garnison, die Schutzpolizei, die SA, der Stahlhelm und „vaterländische“ Verbände. Beendet wurde die Tag, mit einer Abschlusskundgebung im Luftschiffhafen, mit Militärkonzert, Zapfenstreich und Feuerwerk. Im Schloss Cecilienhof empfing der Kronprinz Hitler. Die von Goebbels bewusst am 21. März (Jahrestag der Eröffnung des Deutschen Reichstages 1871) inszenierte Schau vor rd. 100000 Zuschauern, deren Höhepunkte im Rundfunk übertragen und auf Briefmarken, Postkarten, Gedenkmünzen in Broschüren verewigt wurden, verfehlte ihre Wirkung nicht. Das Prestige der Nazis stieg bei den Kräften der „alten Größe“ und den mit ihnen verbundenen Kreise. Proteste waren bei den Preußenanhängern nicht sicht- und hörbar, wenn man von der Mahnung in der Predigt des Generalsuperintendenten Otto Dibelius in der Nikolaikirche absieht, dass sich ein staatliches Amt nicht mit persönlicher Willkür vermengen darf, wobei er dabei vor allem an die Unabhängigkeit der Kirche vom faschistischen Staat dachte.

Mit dem „Tag von Potsdam“ wurden die Weichen in Richtung II. Weltkrieg gestellt. Hitler begann, mehr Einfluss auf die Reichswehr zu gewinnen.

Bereits vor dem „Tag von Potsdam“ fand am 3. Februar 1933 in der Bendlerstraße in Berlin eine Zusammenkunft der Führung der Reichswehr und Marine statt, auf der Hitler den Beteiligten seine Pläne darlegte. Er kündigte den Befehlshabern von Heer und Marine die „Ausrottung des Marxismus“, den „Kampf gegen Versailles“ und die „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten“ sowie dessen Germanisierung an.

Der Chef der Heeresleitung, Generaloberst Freiherr von Hammerstein, reagierte postwendend mit einem Rücktrittsgesuch, das aber erst 1934 genehmigt wurde, nachdem Hitler nach dem Tode Hindenburgs den Oberbefehl über das Heer selbst übernahm. Aus dieser Runde vom 3. Februar ging später nur Hammerstein und General Beck in den Widerstand. Die Mehrzahl der Offiziere der damaligen Reichswehr und späteren Wehrmacht machte mit, zog begeistert in einen verbrecherischen Krieg und machte sich an der brutalen, mörderischen „Germanisierung“ des eroberten „Lebensraumes im Osten“ mitschuldig.

Offensichtlich gab es mehr Gemeinsamkeiten in den grundsätzlichen Denkweisen, Haltungen und Methoden der Machtausübung in Preußen von 1701 - 1918 und in der Ära des faschistischen Deutschlands als man sich damals eingestehen wollte und heute will. Beide einigten der absolute Machtanspruch eines Königs, Kaisers oder Führers, der Militarismus gepaart mit Aggressivität und Eroberungsdrang sowie Demokratiefeindlichkeit. Machterhalt durch soziale Zugeständnisse (Zuckerbrot), Demagogie und brutale Gewalt gegenüber

Oppositionellen und sozialen, antimilitaristischen Bewegungen des Volkes (Peitsche) stand bei beiden im Vordergrund. Auch der bei den Nazis besonders mörderisch ausgeprägte Rassismus und Antisemitismus, das damit verbundene kulturelle Sendungsbewusstsein waren schon bei nationalkonservativen Kreisen des Hofadels, der Beamten, des Offizierskorps, der Geistlichkeit und in studentischen Kooperationen anzutreffen. Von Kaiser Wilhelm II. und dem genannten Personenkreis wurden z.B. die Auffassungen Gobineaus sehr geschätzt. Dieser erklärte die weiße Rasse für allein kulturfähig und die Arier für deren wertvollste Ausprägung (1877). Er hatte besonderen Einfluss auf Wagner, Nietzsche und Chamberlain, der durch seinen völkisch-nationalen Standpunkt und die Theorie von der Überlegenheit der nordischen Rasse (1899) zu einem Wegbereiter des deutschen Faschismus wurde. Kriegerisches Germanentum rückte in den Gesichtskreis der nationalkonservativen Kräfte, die sich mit dem Alldeutschen Verband 1891 (Hugenberg) und der Gobineau-Vereinigung 1894 entsprechende Propagandainstitutionen schufen, um rassistische, antisemitische, sozialdarwinistische und geopolitische Theorien zu verbreiten sowie deren Umsetzung im Zusammenhang mit den Forderungen nach einer Neuverteilung der territorialen und ökonomischen Einflusssphären in Europa und der Welt („Lebensraum“, „ein Platz an der Sonne“) zu planen. Der Versuch, diese Neuaufteilung der Welt militärisch zu erzwingen, schlug fehl. Der Versailler Friedensvertrag 1918 legte Deutschland Fesseln an. Die Novemberrevolution schaffte die Monarchie ab. Der Kaiser ging ins Exil, doch seine Familie, die Generäle und Beamten blieben und dienten, nachdem die Revolution mit Hilfe der Armee und einiger Freikorps niedergeschlagen war, in der Weimarer Republik und im Freistaat Preußen demokratisch gewählten Regierungen. Doch die Mehrheit der monarchistisch eingestellten Preußen liebte diese Republik nicht. Das „rote“ Preußen war ihnen ebenfalls nicht geheuer. Den Versailler Vertrag empfanden sie als Schmach. Einige Offiziere und Beamte versuchten daher 1920 einen Militärputsch. Dieser Kapp-Putsch wurde durch Generalstreiks und die Reichswehr vereitelt. In diesem Klima entsteht die faschistische Bewegung in Bayern. An ihrer Spitze stand seit 1921 der nach Deutschland übergesiedelte Österreicher Hitler, der während der Münchener Räterepublik 1919 als Agitator einer Reichswehr-Propagandaabteilung eingesetzt war. Bis Herbst 1923 schwoll seine Partei, die NSDAP, auf über 50000 Mitglieder an. Am 8./9.11.1923 versuchte er gemeinsam mit dem ehemaligen Generalstabschef der kaiserlichen Armee, Ludendorff, zögernde konservative Kreise durch die Ausrufung einer „Regierung der nationalen Revolution“ zum Handeln zu zwingen. Der Putsch scheiterte. Die NSDAP wurde verboten, Hitler verhaftet und zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, aber bereits 1924 wieder entlassen. Begünstigt durch die Weltwirtschaftskrise 1928-32, gestützt durch nationalkonservative Kreise (die 1932 die sozialdemokratische Regierung Preußens stürzten) sowie finanziell gefördert von maßgeblichen Kreisen der Wirtschaft (Bankiers, Industrielle, Großagrarien) entwickelte sich die NSDAP ab 1929 zu einer Massenpartei, die schließlich in einer Koalition mit der Deutschnationalen Volkspartei am 30.1.1933

an die Macht kam und eine für Deutschland verhängnisvolle Diktatur errichtete. Die nationalkonservativen Kräfte Preußens befanden sich in der Rolle eines „Zauberlehrlings“ Sie riefen die nazistischen Geister, um mit deren Hilfe ihre politischen Ziele durchzusetzen. Aber sie konnten sie, die ihnen vor allem als Personen nicht geheuer waren, nicht mehr bannen.

8. Gehört die Kenntnis der preußischen Geschichte zu den Fundamenten der europäischen Zukunft? (von Weizsäcker)

Die Frage kann man mit ja und nein beantworten. Die Antwort ist abhängig von Tendenzen der Entwicklung der Europäischen Union, die mit ihrer bevorstehenden Erweiterung an einem Scheideweg steht. Entweder sie geht konsequent den Weg einer Integration gleichberechtigter Staaten bei gleichzeitiger weiteren Demokratisierung ihrer Strukturen (Erweiterung der Kompetenzen des Europaparlaments) oder sie bietet den mächtigsten Staaten durch die Stärkung des Europäischen Rat die Möglichkeit, ihre politischen und ökonomischen Interessen vorrangig durchzusetzen. Der erste Weg würde ein **europäisches Deutschland** (Thomas Mann) bedeuten, das sich in Kenntnis der eigenen Geschichte, insbesondere der Folgen des preußischen Militarismus, sich machtpolitisch weiter zurückhält und aufgrund seiner ökonomischen Potenzen und seiner günstigen geographische Lage die allseitige Integration der EU- Mitglieder fördert.

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland zweimal im 20. Jh in Europa für menschenvernichtende und kulturzerstörende Kriege verantwortlich war, würde ein selbstkritischer Blick auf die eigene Geschichte durchaus zu den Lehren gehören, die für die europäische Zukunft von Wichtigkeit sein können. Leider geht Deutschland gegenwärtig nicht diesen Weg. Nach dem 2 + 4-Vertrag hat Deutschland mehr und mehr seine machtpolitische Zurückhaltung aufgegeben (Europäische Zentralbank in Frankfurt/a. M., quantitatives größeres Gewicht im europäischen Rat, Tendenzen einer Renationalisierung der EU, europäischer Militärpakt).

Diese Entwicklung bürgt angesichts der führenden Position Deutschlands in der EU die **Gefahr** in sich, **dass das vereinte Europa ein deutsches wird**, was von einigen Nachbarn Deutschlands befürchtet wird (Polen, Dänemark, Frankreich). Wenn sich diese Tendenz verstärken sollte, bekommt auch die Aufwärmung der Preußenlegende ein anderes Gewicht.

Preußische „Tugenden“ als Leitkultur Europas? Kulturelles Sendungsbewusstsein, bei dem die Nationalkonservativen. von einem übersteigerten und moralisierenden Kulturbegriff ausgingen, gab es schon einmal am Anfang des 20. Jh. in Deutschland. Er widerspiegelte sich vor allem in der damals

entstehenden auswärtigen Kulturpolitik. Ausgehend von diesen Gedanken blieb es den Nationalsozialisten vorbehalten, den Begriff „deutsche Leitkultur“ zu prägen. Himmler verwendet ihn im rassistischen Sinne 1941 in seinem Buch „Das Europa der SS“. Über Franz Joseph Strauß ist er wahrscheinlich in den Sprachgebrauch unserer heutigen Nationalkonservativen gelangt.

Angesichts dieser möglichen Entwicklung ist eine isolierte Betrachtung der Facetten der preußischen Geschichte nicht geeignet, im nationalen und europäischen Rahmen identitätsbildend zu sein. Das gilt auch für Bundesländer Berlin und Brandenburg.

Die gegenständlichen Facetten des Preußenbildes 2001 sind im einzelnen Gegenstand der Denkmalpflege. Aber ein unkritisches, euphorisches Preußenbild gehört nicht zu den Fundamenten der europäischen Zukunft.

ANMERKUNGEN

[1] Vgl. W. Schmidt. Preußen und die deutsche Geschichtskultur
In: Utopie kreativ, H.127/2001, S.392/93

[2] Märkische Allgemeine, Nr.181, 56 Jg.v.6.8.2001,S.1

[3] These 5 stützt sich vielfach auf H. Kathe: Preußen zwischen Mars und Musen, Eine Kulturgeschichte von 1100 bis 1920, München/ Berlin 1993

[4,5] Friedrich II. von Preußen, Schriften und Briefe, Reclam Leipzig 1985, S.227,177

[6] Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei
In: MEW, Bd.36,S.29

[7] Zitiert bei P. Glotz: Sehnsucht nach der Staatsidee In: Spiegel-Spezial „Preußenstadt Potsdam 1000 Jahre“, Nr.2/1993.S.103

[8] Zitiert bei K. Finker: „Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?“
In: Neues Deutschland v.21 3. 1993

